

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

November 1972

Evangelische Verantwortung

Heft 11/1972

Der Bürger und sein Staat

Gerhard Schröder

Gerhard Schröder – Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU – geht im folgenden Beitrag der Frage nach, wie wir diesen Staat, in dem wir als Bürger leben, sehen. Aufgaben und Verpflichtungen des Staates und der Bürger stehen in Wechselbeziehung zueinander, wenn ein Gemeinwesen demokratisch legitimiert sein will.

Wir müssen zunächst sagen, daß wir an die Bundesrepublik Deutschland denken, wenn wir von unserem Staat sprechen – wir werden dabei nie vergessen, daß dieser Staat gewiß nur ein Teil Deutschlands ist, unseres geteilten Landes, und daß sich hieraus besondere Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ergeben. Wir sehen die Bundesrepublik als ein Modell für Deutschland an, dessen Wiedervereinigung im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts unser Ziel bleibt. Wenn ich sagte: Modell für Deutschland, so meine ich, daß wir bei der Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens stets im Auge behalten müssen, daß die freiheitlichen Prinzipien dieses Teils von Deutschland die Orientierung für ein wiedervereinigtes Deutschland sein müssen und daß sie so praktiziert werden müssen, daß sie Anerkennung verdienen.

Hinweis: Diese Ausgabe der Evangelischen Verantwortung kann kostenlos nachbestellt werden. Machen Sie hierbei Gebrauch von dem verbilligten Fernsprech-Nachtarif: Unser automatischer Anrufbeantworter nimmt Ihre Bestellung auch außerhalb der Bürozeit unter der Nummer (0 22 21) 63 78 11 auf.

Entschlossenheit zum rechtsstaatlichen Handeln

Unser Staat ist gerade in den letzten Jahren vielfach harter Kritik ausgesetzt gewesen und ist es auch weiterhin. Ein Teil dieser Kritik kommt aus radikalen Kreisen, aus Kreisen, die unsere freiheitliche Grundordnung an sich ablehnen und teils eine andere Ordnung, teils gar keine Ordnung

Aus dem Inhalt

Der Bürger und sein Staat	1
Unsere parlamentarische Demokratie	3
Kai-Uwe von Hassel	
Genügt das Grundgesetz?	5
Walter Strauß	
CDU-Vorsitzender antwortet Bischof Wölber	6
Dokumentation:	
CDU-Bundesparteitag 1972	7
Kurz notiert	
Altbischof Lilje kritisiert	
Augsteins Jesus-Buch	10
Stabilität ist vordringlich	11
Günter Triesch	
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	12
SPD läßt Gesinnung prüfen – EAK informiert die Öffentlichkeit	13
Aus unserer Arbeit	16

Referate und Diskussionsergebnisse der 17. Bundestagung des EAK in Pforzheim liegen als Broschüre zwischenzeitlich vor und werden allen Teilnehmern der Tagung in den nächsten Tagen zugeschickt; darüber hinaus können Interessenten sie direkt beim EAK der CDU/CSU, 53 Bonn, Kaiserstr. 22, bestellen. Zusendung erfolgt kostenlos.

wollen. Auch soweit derartige Kritik sachlich begründet ist, wird sie nicht vorgebracht, um Besserung herbeizuführen, sondern mit hämischer Genugtuung, um gleichsam den Beweis zu führen, daß „das ganze System nichts taugt“. Gegenüber diesen freiheitsfeindlichen Systemveränderern ist die feste Entschlossenheit geboten, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unsere Freiheit zu wahren und den Gesetzen Geltung zu verschaffen. Es darf nicht zweierlei Recht – eines für den Bürger, eines für Radikale – oder besser gesagt, es darf keinen rechtsfreien Raum geben, in dem sich radikale Elemente in einer Art Naturschutzpark ausbreiten und betätigen können. Manche Vorgänge z. B. an unseren Universitäten könnten die Vermutung nahelegen, als gebe es derartige rechtsfreie Räume bereits. Wir dürfen das auf gar keinen Fall zulassen, wenn wir nicht gefährlichen Entwicklungen die Bahn ebnen wollen, eine Bahn, an deren Ende die Unfreiheit für uns alle stünde. Wenn Staat und staatliche Organe ihre Aufgaben nicht entschieden wahrnehmen, verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit und damit ihre Autorität. Der Bürger erwartet mit Recht von seinem Staat, daß er handelt, wenn Sicherheit und Freiheit in Gefahr sind. Die Einsicht in diesen Tatbestand ist durch die Wahlkampfauseinandersetzung bedeutend gefördert worden.

Den Bürger nicht entmündigen

Es wäre jedoch falsch, jede Kritik als verfassungsfeindlich abzustempeln, vielmehr ist zu fordern, daß der Staat ein offenes Ohr hat für die Sorgen seiner Bürger. Notwendig ist die Bereitschaft zum offenen, vorbehaltlosen Gespräch über Probleme des Staates und der Gesellschaft, die Verbesserungen, Weiter-

entwicklungen oder Reformen erforderlich machen. Wir wissen, daß wir uns der raschen Entwicklung von Technik und Wissenschaft, daß wir uns neuen wirtschaftlichen und sozialen Erkenntnissen zu stellen haben. Hieraus ergeben sich vielfältige Anforderungen an den Staat. Dies gilt besonders in einer Zeit, in der die Auffassung verbreitet ist, daß der Staat in der modernen Industrie- und Zivilisationswelt vor allem als eine Wohlfahrtsorganisation zu betrachten sei, deren Hauptfunktion darin bestehe, die zahlreichen Bedürfnisse der Glieder dieser Gesellschaft zu befriedigen, also Daseinsvorsorge im weitesten Sinn zu betreiben. Ich möchte mich hier nicht in staatsphilosophische Erörterungen begeben – so reizvoll das auch wäre – sondern ziehe es vor, mich an der Praxis zu orientieren und stelle fest: Daß in der Tat der Staat sich einem großen Teil dieser neuen Aufgaben nicht entziehen kann, wenn die Funktionsfähigkeit der Industriegesellschaft erhalten bleiben soll. Welch gewaltigen Anteil der Staat z. B. im sozialen Bereich wahrzunehmen hat, möge nur eine einzige Zahl belegen: Im Jahre 1969 beliefen sich die Aufwendungen an öffentlichen Sozialleistungen insgesamt auf rund 89 Milliarden DM.

Die Einsicht, daß die Mitwirkung des Staats bei der Daseinsvorsorge in vieler Beziehung unerlässlich ist, darf uns jedoch den Blick nicht verstellen für die Gefahren, die ein Eindringen des Staates in immer weitere Bereiche des menschlichen Lebens mit sich bringt. Wenn der Staat dem einzelnen Sorgen abnimmt, so nimmt er ihm in vieler Beziehung auch die Freiheit, für sich selbst zu entscheiden, er entmündigt den Bürger. Es gilt daher, die Mitwirkung des Staates und seiner Organe auf die Bereiche zu beschränken, in denen sie aus sachlichen Gründen unerlässlich ist, und den Freiheitsraum des einzelnen Bürgers nicht unnötig einzuzengen. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen sozialistischen Vorstellungen und denen, die ich und meine politischen Freunde vertreten. Wir sind grundsätzlich für die Freiheit, auch um den Preis der Unbequemlichkeit.

Hier in Berlin weiß man am besten, daß Freiheit oft unbequem ist. Hier hat man nie gezögert, die

Freiheit vor die Bequemlichkeit zu stellen.

Der Bürokratisierung begegnen

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu drei Punkten machen, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden müssen. Der eine bezieht sich auf das, was ich gerade über die Einengung der Freiheit gesagt habe. Kein Staat kann ohne Bürokratie auskommen, und sie wird oft zu Unrecht oder zu leichtfertig kritisiert. Dabei weiß jedermann oder sollte es doch wissen – vielleicht tragen die vielen Urlaubsreisen ins Ausland dazu bei –, daß im internationalen Vergleich der deutsche Beamte hervorragend an Pflichterfüllung, Sorgfalt und Leistung. Ich betone dies, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Eine immer weiter um sich greifende Ausdehnung der Tätigkeiten des Staates muß jedoch zu einer wachsenden Bürokratisierung immer weiterer Lebensbereiche führen, zugespitzt formuliert: Die Freiheit, die Initiative des einzelnen würde in Bürokratie ersticken. Hier sehe ich eine Gefahr, die sehr ernst genommen werden sollte. An uns allen liegt es, ihr zu begegnen.

Das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten

Der zweite Punkt ist folgender: Wir müssen dafür sorgen, daß zwischen Bürger und Staat ein natürliches Verhältnis besteht. Voraussetzung dafür ist, daß der Bürger sich sowohl über seine Rechte als auch über seine Pflichten klar ist und weiß, daß die einen von den andern nicht getrennt werden dürfen. Dieses natürliche Bürgerbewußtsein ist in Deutschland vielfach in Unordnung geraten. Die Wahrnehmung von Rechten – bis hin zum Mißbrauch –, die Durchsetzung von Ansprüchen werden als selbstverständlich angesehen, während die Erfüllung von Pflichten als unzumutbare Belästigung gilt. Ein besonders ernstes Beispiel für

diese Haltung ist die ständig steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer. Der Respekt vor der echten Gewissensentscheidung einzelner verhindert nicht die Feststellung, daß dieses Gewissen weithin in der fragwürdigsten Weise geweckt, daß hier in vielen Fällen Grundrechtsmißbrauch getrieben wird. Ich sehe eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, das Gefühl für das notwendige Gleichgewicht von Rechten und Pflichten stärker zur Geltung zu bringen.

Das Schlagwort von der „Demokratisierung“

Meine dritte Bemerkung verbindet sich mit dem zur Zeit viel gebrauchten, nach meiner Meinung mißbrauchten Wort „Demokratisierung“. Aus allen möglichen Ecken wird sie gefordert, für Schule und Universitäten, für Gerichte und Bundeswehr, für Betriebe und Banken, oder vollmundig und pauschal „Demokratisierung des Lebens“. Niemand bestreitet, daß es Bereiche gibt, in denen Mitbestimmung und Mitsprache verbessert werden können. Ich denke z. B., daß wir im nächsten Bundestag unsere vorbildlichen Auffassungen über betriebliche Mitbestimmung verwirklichen können. Das hat aber mit „Demokratisierung“ nichts zu tun. In einer Demokratie leben heißt in einem Staat leben, der nach demokratischen, also freiheitlichen Prinzipien organisiert ist. Dieses Prinzip auf alle Lebensbereiche anwenden zu wollen, hieße Staat und Gesellschaft funktionsunfähig machen. Die Exekutive hat Gesetze auszuführen, die von den demokratisch legitimierten, frei gewählten Volksvertretern beschlossen sind. Es wäre absurd, es jeweils Mehrheitsentscheidungen z. B. im Landratsamt zu überlassen, welche staatlichen Maßnahmen durchgeführt werden sollen und welche nicht. Eine derartige „Demokratisierung“ würde zu einem anarchischen Räteystem führen, das unsere Demokratie zugrunde richten und unsere Freiheit zerstören würde.

Unsere parlamentarische Demokratie

Kai-Uwe von Hassel

Unser parlamentarisches System ist seit einigen Jahren vielen Angriffen von Vertretern radikaler politischer Anschauungen ausgesetzt. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel setzt sich im folgenden Beitrag nicht nur mit diesen Angriffen auseinander, sondern ordnet dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie auch die Pflichten des Staates für den Bürger zu.

Unser freiheitlicher Demokratiebegriff geht nicht von der Fiktion aus, daß die Menschen gleich sind, gleich sein sollen oder überhaupt gleich sein wollen, sondern daß Sie gleiche Rechte haben. Das ist ein kardinaler Unterschied, und wir werden nicht müde werden dürfen, auf der Wahrung dieser Voraussetzung zu bestehen! Das ist die Grundlage unserer politischen Philosophie und der Grund, warum wir dem Sozialismus in jedweder Form eine klare Absage erteilen und erteilen müssen. Nicht die Ideologie der Gleichheit und des Gleichmachens, sondern vielmehr die Erkenntnis der gleichen Würdigkeit und Gleichberechtigung der Menschen in ihrer natürlichen und gewollten Verschiedenheit kann die Grundlage einer humanen und damit freiheitlichen Lebensordnung bilden!

Wenn wir diesen Gedanken verfolgen und den Ideologen der Linken entgegenstellen, dann erschließen sich Wert, Sinn und Bedeutung der parlamentarischen, der repräsentativen Demokratie. Sie ist nicht eine Einengung der Rechte des Volkes, wie man manchmal zu hören und zu lesen bekommt, son-

dern die beste, gerade auch unter den heutigen Bedingungen beste von allen weit und breit sichtbaren institutionellen Ausprägungen der Demokratie, denn nur durch sie ist es möglich, dem Volk in seiner Pluralität zu seinem Recht zu verhelfen unter gleichzeitiger Wahrung seiner Einheit. Daher wird es in Zukunft – will man der freiheitlichen Demokratie nicht die Lebensader durchschneiden – ganz gewiß nicht darum gehen dürfen, die Rechte des Parlaments und seiner Mitglieder zugunsten des Willens irgendwelcher Kollektive zu beschneiden, sondern im Gegenteil: Das Parlament mit allen Mitteln instandzusetzen, seinen Aufgaben als des zentralen Beratungs- und Beschlußorgans unseres Staates gerecht zu werden und dabei auch gerade die Belange der in der Minderheit befindlichen angemessen zu vertreten.

Und noch ein weiteres ist zu bedenken. Wir müssen doch endlich einmal einsehen, daß auch die sozialen Belange und Bedürftigkeiten in der Regel keineswegs und ohne weiteres, gewissermaßen spontan mit den jeweiligen Mehrheitsinteressen identisch sind. Das aber bedeutet, daß ein sozialer Staat, ein Staat also, der die ungerichten und ungleichen Lebenslagen im Rahmen des Möglichen und ökonomisch Vertretbaren auszugleichen bestrebt ist, ein Staat also, der nicht nur auf die im jeweiligen Augenblick feststellbaren Mehrheitsinteressen bedacht ist, sondern sich auch der Belange der Hilflosen und Bedürftigen annimmt, daß ein solcher Staat am ehesten

in einer parlamentarischen Demokratie seine Verwirklichung finden kann.

Kein Spielraum für Manipulationen

„Mehr Demokratie“ kann doch nur bedeuten: Mehr Berücksichtigung aller Bürger, die Einbeziehung der Belange aller Bürger in die sorgfältigen Überlegungen und Beratungen, die den Gesetzesbeschlüssen vorausgehen müssen. Wenn die berechtigten Belange aller Bürger in ihrer Verschiedenheit zu Gehör kommen können, wenn nicht auf einem imperativen und plebiszitären Weg kurzer Prozeß gemacht wird, wie es uns die Ideologen einer unmittelbaren oder Räte-Demokratie nahelegen wollen, dann und nur dann haben wir ein wahrhaft demokratisches, humanes und soziales politisches Gemeinwesen, für das die Bürger mit Überzeugung einzutreten bereit sein werden.

Die parlamentarische Demokratie ist zugegebenermaßen keine bequem zu handhabende Verfassungsform und eignet sich schlecht für Manipulationen. Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit anderen Überzeugungen und mit starken Kräften, die eine andere Sicht der Dinge vertreten als man selber sie für richtig hält. Sie bedeutet nicht selten, daß man zur Korrektur der eigenen Auffassungen veranlaßt wird und einen mittleren Weg suchen muß, der nicht nur die eine Seite der Auffassungen und Belange berücksichtigt. Worte wie die vom Tischtuch-zerschneiden oder von der Gemeinsamkeit, die man nicht brauche, können, wie wir gesehen haben, die Bewegungsfreiheit einer Regierung empfindlich blockieren, wenn sie zur Handlungsmaxime erhoben werden, und passen nicht zu parlamentarischem

Geist und Brauch. Das aber ist gerade die Stärke dieser Verfassungsform, denn darin liegt die Garantie für den Fortbestand der Freiheit. Darum sage ich: Wir müssen alles tun, um den Anfängen einer plebiszitären Umprägung unserer Verfassungsordnung zu wehren. Wir müssen deutlich machen, auf welchen Grundüberzeugungen, auf welcher Philosophie, auf welchem Menschenbild und welcher Gesinnung unser Eintreten für die parlamentarische Demokratie beruht. Es ist die Überzeugung von dem Eigenwert des Menschen und Bürgers, von der Gleichberechtigung aller in ihrem Eigenwert und damit von dem Recht der Minderheitsauffassungen und Standpunkte, einbezogen zu werden in den Beratungs- und Beschlußfassungsprozeß. Auf diesen Überzeugungen beruht unser Bekenntnis zu Parlamentarismus, zur Verfassung der repräsentativen Demokratie.

Reform muß Fortschritt sein

Daß dieses unser Bekenntnis auch den Willen zu Reformen einschließt und einschließen muß, dürfte nach den Diskussionen der letzten Wochen hier deutlich zum Ausdruck gekommen sein. Leider ist dieser Begriff „Reform“ in der nun zu Ende gehenden Ära – wie so manches in unserem Lande – von der trabenden Inflation nicht verschont geblieben. Wenn man einen Strauch in einer Ecke seines Gartens einpflanzt, so darf man, wenn man gefragt wird, heute nicht mehr sagen: Ich pflanze einen Strauch oder ein Bäumchen, sondern man muß antworten: Ich reformiere meinen Garten oder noch besser: Ich mache eine Gartenreform. Das hebt dann nicht nur den Wert des Gartens, sondern auch den seines Besitzers und weist ihn als einen fortschrittsbewußten Menschen aus.

Wir wollen bescheidener sein und das als Reform und Fortschritt bezeichnen, was diesen Namen wirklich verdient. Wir wollen aber auch davor auf der Hut sein, jeden Plan zu einer Veränderung unserer Einrichtungen und Ordnungen

schon deswegen mit Beifall zu begrüßen, weil er eine „Innovation“ vorsieht, wie das in „fortschrittlichem Deutsch“ heute heißt.

Demokratie kommt ohne Autorität nicht aus

Wir brauchen einen Staat, der in der Lage ist, sich und die Gesellschaft unter Wahrung der Stabilität ständig zu modernisieren. Das aber setzt voraus, daß der Staat auch wirklich als Staat existiert und sich als Staat zur Geltung bringt. Unser Staat, unsere parlamentarische Demokratie, darf nicht durch die Schaffung von sogenannten Freiräumen, wie dies leider unter dem Firmenschild der Demokratisierung in einigen Bereichen schon geschehen ist – denken Sie nur an das Hochschulwesen in verschiedenen Ländern – in seiner Handlungs- und Verantwortungsfähigkeit gelähmt werden. Es widerspricht dem Prinzip der Demokratie, in einem Staat die Ausbildung von Freiräumen zu dulden, in denen der Souverän keine Autorität mehr haben soll und in denen sich Willkür, Gewalt, Terror, Rechtlosigkeit von Minderheiten und Mißachtung der Gesetze breit machen können. Wir dürfen nicht zu den Zeiten wieder zurückkehren, in denen die politischen Gemeinwesen nichts anderes waren als Verbände mächtiger Feudalherren, und Feudalherren in diesem Sinne wären dann morgen diese neuen Machtstrukturen, von deren Gunst und Gnaden das Wohl und Wehe der einzelnen Bürger wie der Gesamtheit abhängen. Das wäre nicht nur das Ende der Demokratie, sondern es würde unser Gemeinwesen zum Spielball fremder Mächte machen. Wenn jede Hochschule oder jede Rundfunkanstalt ihre eigene Außenpolitik betreiben dürfte, Bündnisse schließen oder kündigen, Staaten anerkennen oder aberkennen, ungeachtet der von Parlament und Regierung bestimmten Politik, dann wäre damit das Ende einer deutschen Außenpolitik und damit auch das Ende der deutschen Staatlichkeit gekommen.



Genügt das Grundgesetz?

Walter Strauß

Der Verfasser dieses Artikels war als Mitglied des Parlamentarischen Rates am Zustandekommen unseres Grundgesetzes beteiligt. Im folgenden untersucht er, ob und inwieweit Änderungen des Grundgesetzes noch erforderlich sind. Von besonderem Interesse sind auch seine Hinweise auf die rechtliche Stellung der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie auf den nicht verabschiedeten Bundeshaushalt 1972.

Das Grundgesetz (GG), unsere Verfassung, ist 23 Jahre in Kraft (die Lebensdauer der Weimarer Verfassung betrug 13½ Jahre). In diesen 23 Jahren sind zahlreiche Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse gegenüber der Ausgangslage des GG 1948/49 eingetreten. Um ihnen gerecht zu werden, ist das GG bisher 31 mal geändert worden. Dazu bedarf es jeweils einer Änderung seines Wortlauts sowie der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Bundestags und 2/3 der Stimmen des Bundesrats. Die umfassenden Änderungen betrafen Gebiete, die bei Entstehung des GG noch nicht behandelt werden konnten, wie die Fragen der Verteidigung (1954 und 1956) und die Regelung des Notstandes (1968), oder die infolge der Einwirkung der Besatzungsmächte nicht den deutschen Vorstellungen entsprechend geordnet wurden und daher zur Reform der Finanzverfassung 1969 führten. Die übrigen kleineren Änderungen bezogen sich insbesondere auf die Erweiterung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes.

Wieweit aber besteht heute das Bedürfnis, das GG zu ändern oder zu ergänzen?

Wir haben das wohl vollkommenste System der Grundrechte aller Völker, gewährleistet durch das Auslegungsmonopol des Bundesverfassungsgerichtes. Es bestimmt die Wertordnung des GG und ist nicht ergänzungsbedürftig.

Kritische Einwände gegenüber dem zentralen Organ des Staates, dem Bundestag, gelten nicht seiner Regelung im GG. Die Zahl der Abgeordneten sowie das Wahlsystem beruhen auf einfachem Gesetz und können durch ein solches geändert werden. Alle übrigen Fragen sind entweder Sachen der Geschäftsordnung oder der Handhabung der Praxis.

Nur ein Problem scheint aufgrund der Erfahrungen der letzten Monate erwägenswert: Dem Bundestag ein Recht auf Selbstauflösung, allerdings mit qualifizierter Mehrheit seiner Mitglieder, zu geben, statt den für andere Sachverhalte gedachten Umweg des Artikel 68 zu benutzen.

Kein Anlaß besteht dagegen, die Struktur der Bundesregierung zu ändern. Allerdings erscheint es erforderlich, die neue Institution der parlamentarischen Staatssekretäre in der Verfassung selbst zu regeln. Sie sind in großen Ministerien zur Entlastung der Minister zweckmäßig, sollten aber nicht, wie gegenwärtig, zur aufwendigen Ämterpatronage mißbraucht werden. Nach dem eindeutigen Wortlaut des geltenden Gesetzes endet ihr Amt mit dem Ausscheiden des Inhabers aus dem Bundestag, was die gegenwärtige Bundesregierung trotz der Warnung des Präsidenten des Bundesrechnungshofes bewußt mißachtet.

Eine ähnliche Einstellung gegenüber der Rechtslage bedeutet die nicht rechtzeitige Einbringung des Haushaltsgesetzes 1973 durch die gegenwärtige Bundesregierung, verbunden mit der durch sie bewirkten Vereitelung der Weiterberatung des Haushaltsgesetzes 1972. Das sind nicht Fragen der Reform der Verfassung, sondern ihrer Einhaltung.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Beamtenpolitik. Reformfragen des Beamtenrechts bleiben vom GG nahezu unberührt. Es regelt nur Grundfragen, die eine neuzeitliche Fortbildung zulassen unter Wahrung „der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamten-tums“ (Artikel 33 Abs. 5 GG). Diese Grundsätze schließen indessen parteipolitische Erwägungen bei der Anstellung und Beförderung aus, was in letzter Zeit immer weniger beachtet wurde.

Zu den nicht änderungsfähigen Bestandteilen des GG gehört bekanntlich seine bundesstaatliche Struktur. Sie hat sich im wesentlichen bewährt, wenngleich die Praxis des Bundesrats hinsichtlich der Zustimmungsbefähigung von Bundesgesetzen mit Recht umstritten ist und wohl einer neuen Abgrenzung bedarf.

Für die Probleme einer Neugliederung der Länder geben Artikel 29 GG und das dazu ergangene Ausführungsgesetz die erforderlichen Grundlagen. Von der Verbindung des Saarlandes mit Rheinland-Pfalz abgesehen, empfiehlt sich aber den bisherigen Vorschlägen gegenüber Skepsis. Wenn man, wie angeregt, nur noch fünf Länder bestehen lassen will, so könnte das den ersten Schritt zum Staatenbund hin bedeuten. Auf der einen Seite der Bund, auf der anderen fünf mächtige und dann auch finanzkräftige Länder, das würde eine vollkommene Änderung unseres Staatswesens bedeuten und mit der bundesstaatlichen Struktur des GG kaum zu vereinbaren sein.

Gemäß der Entwicklung der Verhältnisse bleibt heute (und auch in

CDU-Vorsitzender antwortet Bischof Wölber

Zukunft) die Zuteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes reformbedürftig. Die Zuständigkeit zur Rahmengesetzgebung des Bundes des Artikel 75 GG hat sich nicht bewährt und sollte weitestmöglich in die Zuständigkeit zur konkurrierenden Gesetzgebung des Artikel 74 überführt werden. Das gilt insbesondere für die Grundsätze des Hochschulwesens, das Presserecht und den Wasserhaushalt, die einer bundeseinheitlichen Regelung bedürfen. Notwendig ist ferner eine allgemeine Zuständigkeit zur Gesetzgebung für das Gesundheitswesen sowie eine solche für die Organisation des Rundfunkwesens. Es mag bei dieser Aufzählung bewenden, die mir vordringlich erscheint.

Wie die bisherigen 31 Änderungsgesetze erforderlich waren, um die Lebensfähigkeit des GG aufrecht zu erhalten, so muß auch künftigen Wandlungen der Wirklichkeit durch entsprechende Textänderungen des GG Rechnung getragen werden. Das ist ein Gebot der praktisch-politischen Vernunft. Unsere Übersicht zeigt aber, daß Kritik und Reformwünsche fast in erster Linie den einfachen Gesetzgeber, die Geschäftsordnungen der Organe des Bundes sowie die Handhabung der Praxis angehen.

Das Grundgesetz hat in den vergangenen 23 Jahren seine Bewährungsprobe voll bestanden. Es hat, wie kaum eine andere Verfassung der freien Welt, die Wende vom bürgerlich-liberalen zum freiheitlich-sozialen Rechtsstaat vollzogen, zur Grundordnung unseres Volkes, die wert ist, bejaht und verteidigt zu werden.



Unsere Kirchen sind von Sorge erfüllt über die Gefahren einer zunehmenden Polarisierung im politischen Raum. Bischof D. Hans-Otto Wölber, Vorsitzender der Kirchenleitung der Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands, hatte die Vorsitzenden der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gemahnt, auch während der Wahlkampfzeit die Positionen der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit nicht zu verlassen. Für die Christlich-Demokratische Union antwortete deren Vorsitzender Dr. Rainer Barzel.

Sehr verehrter Herr Bischof,

für Ihr Schreiben vom 22. September danke ich Ihnen sehr. Ihre tiefe Sorge um die Aufrechterhaltung ethisch-sittlicher Normen auch und gerade in den vor uns liegenden Wochen des Wahlkampfes hat mich stark beeindruckt. Ihr mahnendes Wort sollte allen Parteien in diesem Land Veranlassung sein, die Grundprinzipien der Fairneß besonders zu berücksichtigen.

Für die Christlich-Demokratische Union wird es in verstärktem Maße darauf ankommen, das „C“ als Herausforderung an die von Ihnen vorgegebenen Wertpositionen der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit zu verstehen.

Wir wollen gemeinsam hoffen, daß darüber hinaus Verantwortung und Sachlichkeit von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften gezeigt werden; hierzu gehört auch die Zurückhaltung kirchlicher Amtsträger in Bezug auf einseitige politische Stellungnahmen. Die Pluralität unserer Gesellschaft fordert zwar gerade den einzelnen Christen heute mehr denn je, doch sollte die Autorität des Amtes nicht am falschen Platz eingesetzt werden. Ich weiß, daß dies auch Ihre persönliche Meinung ist. Verschie-

dene Stellungnahmen zu diesem Problembereich aus dem Bereich der evangelischen Kirche habe ich mit großer Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, da nur so Polarisierungen zu verhindern sind und der „gemeinsame politische Boden“, wie Sie es richtungweisend kürzlich vor der Bischofskonferenz der VELKD in Hannover formulierten, nicht verloren geht.

Über alle verschiedenen politischen Auffassungen hinweg sollte der gemeinsame Brückenschlag – den gerade die Kirchen beider Konfessionen als Integrationsfaktor ermöglichen – als ein dankbares Zeichen gesehen werden, um so dem Verlust von Maßstäben im politischen Bereich entgegenzuwirken.

Ihre Bereitschaft, Ihr Schreiben auch den Gemeindegliedern Ihrer Kirche zur Kenntnis zu bringen, werte ich als hilfreiches Zeichen einer besonderen Verantwortung, da es sicherlich mäßigend bei der politischen Auseinandersetzung wirken wird. Wir alle werden in den kommenden Wochen besonders stark gefordert werden. Ihr Schreiben sollte uns dabei Verpflichtung zur laufenden Überprüfung der eigenen Position sein, um zu verhindern, daß Unversöhnlichkeit und Haß innerhalb unserer Bevölkerung Raum gewinnen, denn dadurch wird nur jenen Kräften Auftrieb gegeben, die den Radikalismus zur Basis ihres politischen Handelns gemacht haben.

Mein persönlicher Dank gilt Ihnen für Ihre mir übermittelten guten Wünsche für die Wahlkampfzeit. Ich wünsche Ihnen weiterhin Kraft und Erfolg in einer Zeit, in der viele Werte, denen wir uns gemeinsam verpflichtet wissen, infrage gestellt werden.

Mit den besten Wünschen
Ihr
gez. Rainer Barzel

CDU-Bundesparteitag 1972

Der 20. Bundesparteitag der CDU fand vom 9. bis 11. Oktober 1972 in Wiesbaden unter dem Leitgedanken „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“ statt. Diese Wahlkampföffnung wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration der politischen Fundamente und der mannschaftlichen Geschlossenheit der Unionsparteien. Zu den Hauptrednern des Parteitages zählten auch fünf Bundesvorstandsmitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Aus deren Ansprachen veröffentlichen wir verschiedene Auszüge.

(Den vollen Wortlaut dieser Ansprachen können Sie kostenlos in Broschürenform über die örtliche CDU-Geschäftsstelle oder direkt bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU, 53 Bonn 1, Kaiserstraße 22, beziehen.)

Unsere Ostpolitik war und ist Friedenspolitik

Gerhard Schröder

Ich habe eben von der notwendigen europäischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Sowjetunion gesprochen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese Bereitschaft bei nahezu allen Deutschen vorhanden ist. Ich bin überzeugt – und das habe ich im Januar 1971 auch Kossygin im Kreml gesagt –, daß weit über 90% aller Deutschen für eine Politik friedlicher Beziehungen, des Gewaltverzichts, der Verständigung und der Zusammenarbeit seien (er hieß dies übrigens für richtig). Dem

entsprach die Ostpolitik, die wir früher betrieben haben; dem wird die Ostpolitik entsprechen, die wir morgen betreiben werden. Niemand, auch Brandt nicht, hat das Recht, von „Friedenspolitik“ sozusagen als seiner Erfindung zu sprechen und eine Politik des Friedens monopolartig ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat immer nur eine Politik des Friedens und des Gewaltverzichts betrieben. Das war vor Brandt so, und das wird nach Brandt so sein. Der Unterschied zwischen der von uns vertretenen Politik und derjenigen, die von Brandt verfolgt wurde, ist ein anderer. Ich will ihn mit den Worten eines amerikanischen Politologen kennzeichnen, die zugespitzt, aber im Kern durchaus zutreffend sind. Er sagte, unsere Politik habe maximale Ziele mit minimalen Konzessionen verfolgt, während die Bundesregierung minimale Ziele mit maximalen Konzessionen anstrebe. Wer diesen Maßstab an die Ostpolitik der Bundesregierung anlegt, wird die amerikanische Analyse bestätigt finden. Sie alle kennen die Auseinandersetzungen um die Ostverträge. Sie wissen, daß die Opposition nach schwieriger Abwägung aller Umstände, aller Vor- und Nachteile, die Verträge hat passieren lassen, nachdem sie die Regierung zu einer gemeinsamen Entschließung bewegen hatte, durch welche eine den deutschen Interessen entsprechende Interpretation der Verträge festgelegt und den Vertragspartnern notifiziert wurde. Unsere Ostpolitik wird künftig davon ausgehen haben, daß diese Verträge in Kraft sind. Das Verständnis der Verträge im Sinne der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages wird verhindern, daß sie

gegen die deutschen Interessen verwendet werden.

Unsere Aufgabe sehe ich darin, auf dem bei uns wie bei der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas gegebenen grundlegenden Interessen an friedlichen Beziehungen und Zusammenarbeit aufzubauen. Dies widerspricht nicht dem, was ich über die expansionistische, ja imperialistische Tendenz der sowjetischen Politik gesagt habe. Die Sowjetunion strebt nach der Einbeziehung Europas in ihr Kräftefeld, wenn auch gegenwärtig, soweit erkennbar, nicht mit kriegerischen Mitteln. Dies wird verständlich, wenn man die Probleme untersucht, mit denen die sowjetische Führung zur Zeit beschäftigt ist. Ich habe schon vor Jahren meine Überzeugung geäußert, daß die inneren Probleme dieses Riesenreiches eher größer als kleiner würden, und ich glaube, daß die Entwicklung das bestätigt hat. Die Probleme – die ich hier nicht im einzelnen schildern kann – sind wirtschaftlicher, aber auch ideologischer Art, Probleme des Lebensstandards und der Nationalitäten hängen damit zusammen. Hinzu kommt eine außenpolitische Problematik, die ich kürzlich von der anderen Seite aus kennengelernt habe.

Die Situation der Sowjetunion legt ihr nahe, wie mir scheint, gute Beziehungen und Zusammenarbeit auch mit uns und den anderen Staaten des Westens zu suchen und Beziehungen weiter zu entwickeln, die bei der Lösung manches der inneren Probleme der Sowjetunion hilfreich sein könnten. Ich denke hier an Wirtschaft und Handel, aber auch an einen Austausch auf den Gebieten von Wissenschaft und Forschung, Kultur und Sport, Technik und Umwelt-

Die Frau in der Gesellschaft

Helga Wex

schutz. Die Zusammenarbeit auf allen diesen Gebieten könnte mit der Sowjetunion wie mit den anderen osteuropäischen Staaten sehr viel intensiver werden als heute und würde zum Nutzen aller Beteiligten sein, aber auch das gegenseitige Verständnis fördern und damit dem Frieden dienen. Die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas sollen wissen, daß wir dazu bereit sind.

Ich sage dies mit Betonung auch an die Adresse Polens, dessen Verhältnis zu uns aus der Vergangenheit besonders belastet war und auch heute noch mit schwierigen Fragen verbunden ist. Dies zeigt sich in der enttäuschend langsamen Entwicklung der Beziehungen, dies kommt auch in der Behandlung des mit dem Stichwort „Familienzusammenführung“ gekennzeichneten Problemkreises zum Ausdruck. Die deutsch-polnischen Probleme können nur auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses behandelt und gelöst werden. Wir müssen an unserer Auffassung festhalten, daß endgültige Bestimmungen über Deutschland als Ganzes nicht getroffen werden können, solange die Deutschlandfrage nicht im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes gelöst ist. Hier liegt das entscheidende Problem, nicht bei der Frage, ob ein gegebener Zustand bei einer friedensvertraglichen Regelung geändert werden könnte. Dieser unserer Haltung entspricht die Gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972. Polen weiß, daß wir Verständnis für seinen Wunsch haben, in gesicherten Grenzen zu leben. Wir haben diesem Wunsch seit langem durch den insbesondere auch von den Vertriebenen mitgetragenen Gewaltverzicht entsprochen. Wir rechnen andererseits für unser deutsches Anliegen auf das Verständnis des polnischen Volkes, das nach über hundertjähriger Teilung nach dem Ersten Weltkrieg im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes seine Einheit wiedergefunden hatte.

Es gibt auch keine Reformpolitik der Vernunft, ohne die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft zu akzeptieren und damit Kräfte zu erschließen, die keine Gesellschaft brach liegen lassen kann ohne Verlust von Mitte, Maß und Güte.

Es ist historisch nur gerecht, darauf hinzuweisen, daß die Emanzipation der Frau zuerst von Liberalen und Sozialisten gefordert worden ist. Aber inzwischen hat sich auch dieses Problem in seiner Struktur verändert, während sozialistische und liberale Ideologen weiterhin an der alten Situation orientiert geblieben sind.

Aber wie ist das Emanzipationsgetöse zu bewerten, das uns von seiten der SPD/FDP entgegen schallt; nicht zuletzt nachzulesen in dem Frauenbericht der Bundesregierung, der sich an einem noch nicht existenten Gesellschaftsbild orientiert. Wie rückschrittlich zu sagen, die Frauen müÙten sich emanzipieren –

- wovon denn?
- von der Gesellschaft?
- von den Männern?
- von ihrem Frausein?
- Doch wohl nicht im Ernst!

Was den Frauen fehlt ist doch nicht das Bewußtsein emanzipiert zu sein, sondern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen in die Gesellschaft und was ihnen fehlt ist die Anerkennung der Verantwortung, die sie ja so und so schon tragen in Ehe, Beruf, Familie, für die Zukunft der Kinder. Was fehlt, ist zu dem Bewußtsein der Gleichberechtigung die Bereitschaft der Männer zur aktiven Partnerschaft. Nur damit ist zu verhindern, daß die Frauen – sei es als Berufstätige oder als Mütter, als Ehefrauen oder als Geschäftsfrauen – die Folgen ihrer Gleichberechtigung gleichsam als Bestrafung tragen müssen, indem man ihnen das gleiche erlaubt zu tun wie die Männer, aber ihnen ihre herkömmlichen Aufgaben nicht erleichtert. Nur in Gemeinsamkeit, in wirklicher Partnerschaft mit dem Mann, mit der Gesellschaft, mit dem Staat ist zu verhindern, daß

die Gleichberechtigung sich zuletzt umkehrt in eine andere Form der Ausnutzung der Frau zum Schaden der Kinder, der Gesellschaft und damit der Zukunft.

Von da aus müssen wir auch das Problem der Abtreibung lösen, von da aus das Scheidungsrecht in einen großen Entwurf des modernen Familienrechts einbetten. Von da aus müssen wir die Bildungsmöglichkeiten der Frau neu fassen. Und wir müssen auch daran denken, daß wir nicht – und angesichts der heute üblichen Organisationswut ist das ja gar nicht sehr schwer – eine Pseudo-Elite von Frauen herausbilden, die die Emanzipation als Beruf ausüben. Ich erinnere hier an das jämmerliche Bild der progressiven weiblichen Garden, die sich ihre Abtreibungserinnerungen notariell bestätigen lassen wollten.

Wenn wir nun als moderne Partei für die Emanzipation der Frau eintreten – und in unserem Berliner Programm haben wir dieser Frage ein eigenes Kapitel gewidmet – dann nicht, um die Rolle der Frau immer mehr der des Mannes anzupassen, sondern um ihre Eigenständigkeit zu verteidigen.

Nicht alle diese Fragen fallen in den direkten Aufgabenbereich und Kompetenzbereich von Bund und Bundesregierung. Wohl aber gehören sie in den Raum unserer Partei, die sich Gesellschaftspolitik ohne Humanität nicht denken kann. Christliche Humanität verlangt, daß wir Gesellschaftspolitik nicht um einer Systemerhaltung oder einer Systemzerstörung willen betreiben, sondern aus der Verantwortung, die uns das Gebot der Menschenliebe auferlegt.

Meine Damen und Herren, Förderung der wissenschaftlichen Gerontologie, ein rasch realisierbarer Altenplan, mehr Hilfe für die geistig Behinderten – dies alles sind Aufgaben, in denen ganz gewiß die Humanität selbst vor dem Leistungsgedanken steht. Ich füge aber hinzu:

Was wäre das für eine Gesellschaft, wenn nicht die Humanität selbst zu ihren Leistungsprinzipien gehörte.

Und ebenso selbstverständlich ist es, das brauche ich wohl nicht zu begründen, daß alle diese Fragen in Zukunft beantwortet werden müssen, denn es geht um die Erhaltung unserer gesellschaftlichen

Ordnung. Darüber gibt es Gott sei Dank Übereinstimmung in allen Gruppen unseres Volkes. Hier kommt es in der Tat an auf den Willen, politisch zu handeln und die Daseinsvorsorge zu erweitern, zu modernisieren und zukunfts-trächtiger zu machen.

Niemand wird bestreiten, daß der Reform des Erziehungswesens entscheidende Bedeutung zukommt. Leider stehen wir vor der unglücklichen Situation, daß die Sozialdemokraten uns sowohl leere Kas-sen wie die Trümmer einer stüm-perhaften Reform hinterlassen ha-ben.

Nicht das Parlament hat versagt, sondern die Regierung

Kai-Uwe von Hassel

Man hat uns in den letzten Tagen und Wochen weismachen wollen, das Parlament habe versagt und der Parlamentarismus sei in eine Krise geraten. Man hat dies mit Kollektivbeschuldigungen, mit dem Vorwurf der Korruption zu unter-mauern versucht. Wieder einmal wird hier das Gespenst einer geheimen Verschwörung an die Wand gemalt. Leider hat auch der Herr Bundeskanzler — und das drei Tage nach Auflösung des Parla-ments, so daß es sich selbst nicht mehr hat äußern können — mit dem Worte Korruption eine unguete Note in den Wahlkampf gebracht.

Die Wahrheit ist auch heute wie-der wie damals nach der Bielefelder Rede, daß bei den Ereignissen der letzten Wochen weder eine Verschwörung im Spiele war noch der Parlamentarismus in eine Krise geraten ist. Die Opposition hat in diesem Parlament ihre Aufgabe so wahrgenommen, wie es die Spiel-regeln der parlamentarischen De-mokratie vorsehen. Sie hat sich auch ihres Teils der Verantwortung für die Gesetzgebung nicht ent-zogen. Das läßt sich mit einer ein-drucksvollen Zahl belegen. Von den im letzten Bundestag verabschie-deten Gesetzen sind 333 einstim-

mig oder mit großen Mehrheiten angenommen, und nur 15 trafen auf das entschiedene Nein der Opposition. Nicht der Parlama-rismus ist in eine Krise geraten, sondern die Regierung, weil es ihr nicht nur scheinbar, sondern tat-sächlich — wie das Abstimmungs-ergebnis zeigt — nicht mehr gelang, das Vertrauen der Mehrheit der Parlamentsmitglieder für sich zu gewinnen, auch wenn man ihr die Stimmenthaltungen zurechnet. Die-ser Vertrauensverlust geht nicht zu Lasten des Parlaments, sondern zu Lasten der Regierung. In einer pa-rlamentarischen Demokratie soll nicht das Parlament vom Vertrauen der Regierung, sondern die Regie-ung vom Vertrauen des Parla-ments abhängig sein.

Die CDU als Mitgliederpartei

Konrad Kraske

Unsere wichtigste Aufgabe war die Mobilisierung der Partei und die Verbreiterung ihrer Basis. Das Ergebnis ist ein Mitgliederzuwachs, wie ihn die CDU seit ihrer Grün-dung in den 40er Jahren nicht mehr erlebt hat. Als ich dem Präsidium und dem Bundesvorstand zu Be-ginn dieses Jahres mein Arbeits-programm vorlegte und erklärte, wir müßten bis zum Ende des Jah-res 1972 mit unserer Mitgliederzahl die Schwelle der 400 000 erreichen, haben mich manche guten Freunde besorgt gefragt, ob ich hier nicht sehenden Auges in eine Blamage hineinliefe. Denn damals hatten wir gerade eben die Grenze der 350 000 überschritten, und nach den bis dahin üblichen monatlichen Zuwachsraten hätte man für einen weiteren Sprung von 50 000 eher zwei oder drei als ein Jahr ge-braucht. Tatsächlich haben wir die 400 000 schon heute, also ein Vier-teljahr vor dem gesetzten Ziel, erreicht. Wenn ich — und dies ist für jeden Vergleich mit anderen Parteien ja unerläßlich — die Mit-glieder der CSU hinzurechne, wenn ich weiterhin die Mitglieder der Sozialausschüsse, der Jungen Union und des RCDS berücksich-tige, die noch nicht Vollmitglieder der Partei sind, zählen sich 600 000

Mitbürger ausdrücklich und erklär-termaßen zur Union. Wer dies weiß, wird nicht mehr davon reden kö-nen, daß es in Deutschland eine Mitgliederpartei und eine Wähler-partei, eine gut organisierte und eine schlecht organisierte Partei gibt. Es gibt vielmehr eine sozia-listische Partei mit einer über 100 Jahre alten Mitglieder- und Kadertradition, und es gibt auf der anderen Seite eine Volkspartei der Mitte mit allen Organisations-schwierigkeiten, die solche Parteien bei uns und in anderen Ländern nun einmal haben. Und diese Volkspartei der Mitte hat in weni-gen Jahren durch die Intensität ihrer Arbeit und durch die Über-zeugungskraft ihrer Politik den Vor-sprung der sozialistischen Tradi-tionskompanien praktisch einge-holt.

Dieses Ziel wäre ohne die hin-gebungsvolle Arbeit aller unserer hauptamtlichen Mitarbeiter in der Bundespartei, in den Landesver-bänden und in den Kreisverbänden, in den Vereinigungen und in den Fraktionen nicht möglich gewesen. Ich möchte allen diesen Kollegin-nen und Kollegen von dieser Stelle aus herzlich danken, und ich bin sicher, daß ich in Ihrem Namen spreche, wenn ich einem für alle anderen diesen Dank hier ganz ausdrücklich und persönlich ab-statte, nämlich unserem neuen Bundesgeschäftsführer Otfried Hennig.

Die Aufgabe des Staates

Richard von Weizsäcker

Früher fiel dem Staat die Auf-gabe zu, Hüter, Pfleger und Förde-rer der sittlichen Werte zu sein. Heute wird ihm das zumeist bestrit-ten. Der Staat soll nur noch ein technischer Dienstleistungsbetrieb

sein, an den alle Menschen ihre Anforderungen richten, auf daß er ihnen in immer gerechterer und gleicherer Weise Rechte einräume, Wünsche erfülle und Risiken abnehme. Nur dort, wo unproblematische Übereinstimmung besteht, also bei der Steigerung des Wohlstandes, der Entlastung von Pflichten, der Förderung von Bequemlichkeit, der Gewährleistung von Gleichbehandlung und der technischen Stabilisierung der Gesellschaft, wird der Staat in Anspruch genommen. Wo es aber darüber hinaus um die öffentliche Aufgabe geht, nicht nur Rechte zu gewähren, sondern Verantwortung und Verpflichtung zu begründen und sittliche Normen zu gewährleisten, da wird der Staat zurückgedrängt.

Geschichtlich gesehen ist diese Entwicklung nur allzu verständlich. Denn noch in diesem Jahrhundert hat der Staat bei uns in der Form des Obrigkeitsstaates, des Herrschaftssystems von wenigen oder des totalen Staates die Entfaltung der freien Gesellschaft behindert. Die Reaktion darauf konnte nicht ausbleiben. Heute aber droht mehr und mehr die umgekehrte Gefahr, daß nämlich entweder eine Gruppe im Namen der Gesellschaft die Herrschaft übernimmt oder daß die Abschaffung von Macht und Herrschaft überhaupt verlangt wird. Beides läuft im Ergebnis auf dasselbe hinaus, nämlich auf Herrschaft ohne Kontrolle und Grenze.

Nicht in der großen weiten Welt, sondern beim Menschenbild beginnt die Bewährung einer politischen Führung, die Realitäten zu erkennen und von ihnen auszugehen. Wem die Freiheit des Menschen am Herzen liegt, der erkennt, daß der Mensch ohne Normen und Sitten und Regeln für das Zusammenleben nicht friedlich existieren kann. Er braucht die Institutionen gerade um der Freiheit willen, denn nur sie lassen sich kontrollieren, und ohne sie ist er dem Chaos ausgeliefert. Die wichtigste dieser Institutionen ist der Staat. Er kann und soll nicht das

Reich Gottes verwirklichen. Er ist nicht die einzige und schon gar nicht die totale Ordnung. Er ist kein geweihtes Überich und besitzt nicht das Amt der Letztinstanzlichkeit für den Menschen. Aber in aller Vorläufigkeit dieser Erde hat er die Aufgabe, als haltende Kraft dem Menschen zu dienen und ihm die Selbstverwirklichung und Freiheit zu ermöglichen, gerade auch die Freiheit des Schwachen. Das ist seine eigene Würde und seine Autorität. Dazu hat und braucht er die Macht und das Recht, Gehorsam vor den Gesetzen zu fordern und durchzusetzen.

Es ist unsere Sache, dem Staat seine geistig-politische Darstellung zu geben. Der Staat ist die Institution der frei verantwortlichen Bürger füreinander. Nur wenn wir ihm hierzu inneres Recht und Autorität zuerkennen, dürfen wir erwarten, daß er seine öffentlichen Aufgaben auch erfüllen kann. Nur auf dieser Grundlage kann der Staat für innere Sicherheit sorgen, die Gruppeninteressen ausgleichen, die Schwachen und Nichtvertretenen schützen, Technik und Wirtschaft in Einklang mit dem Gleichgewicht der Natur halten und menschenwürdiges Leben auf einem begrenzten Raum gewährleisten. Es hat keinen Sinn, für die Beseitigung öffentlicher Armut zu Lasten privaten Reichtums politisch zu kämpfen, ohne zu erkennen, daß es im Kern um die Qualität und die geistige Begründung staatlichen Handelns und erst in zweiter Linie um die Frage geht, wo staatliche Dienstleistungen quantitativ auszudehnen sind. Es gibt keine bessere Qualität des Lebens ohne bewußte, gewollte und politisch kontrollierte Autorität des Staates.

Es ist nicht unsere Absicht, Herrschaft abzuschaffen. Das könnte gar nicht gelingen. Nicht Herrschaft an sich ist fragwürdig, sondern unkontrollierte Herrschaft in einem System, das keinen Wandel zuläßt. Die freiheitliche Demokratie ist die einzige Staatsform, die den Wandel ohne Gewalt ermöglicht, einen Wandel, den wir im Angesicht neuer Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, neuer wirtschaftlicher und sozialer Erkenntnisse und neuer ethischer Entscheidungen immer von neuen zu bestehen haben.

Kurz notiert

„Die Frage nach Gott ist keineswegs erledigt“

Altbischof Lilje: Augsteins Jesus-Buch ist schlechthin Dilettantismus

Gegen vordergründiges Denken in der Diskussion der Gottesfrage, wie es in dem neuen Jesus-Buch des „Spiegel“-Verlegers Rudolf Augstein zum Ausdruck komme, hat sich Altbischof D. Dr. Hanns Lilje (Hannover) gewandt. Auch wenn die „Tod-Gottes-Theologie“ das jüngste Kapitel der Geistesgeschichte darstelle, so sei doch damit die Frage nach Gott keineswegs erledigt. Gerade außerhalb der wissenschaftlichen Theologie breche dieses Thema heute erneut auf und nicht zuletzt die Bewegung der Jesus-People mache die Relevanz dieser Frage in einer „erstaunlichen Unbekümmertheit und Unmittelbarkeit“ deutlich, meinte Lilje.

Bereits in einer Sendung des Hessischen Rundfunks hatte Lilje Augstein für sein Buch „schlechthin Dilettantismus“ bescheinigt und ihm vorgeworfen, sich eines Verfahrens zu bedienen, das sich „mit einem schönen Schimmer wissenschaftlicher Verlässlichkeit schmückt“. Es gehe Augstein allein darum, den Nachweis der ausschließlichen Menschlichkeit Jesu zu führen. Dabei bleibe jedoch die Frage nach der eigentlichen geschichtlichen Existenz Jesu immer noch im Dunkel der Ungewißheit. Deshalb sei es nicht verwunderlich, „daß Seite um Seite eine Form der Urteilsbildung hervortritt, die man als sehr willkürlich bezeichnen muß“, betonte Lilje in seiner Rundfunk-Rezension.

Rudolf Augstein ist FDP-Direktkandidat im Wahlkreis Paderborn.

Stabilität ist vordringlich

Günter Triesch

Im folgenden Artikel wird Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nachgegangen. Dabei untersucht der Verfasser insbesondere die Gefahren des Geldwertschwundes, und kommt zu dem Ergebnis, daß der Stabilitätspolitik unbedingte Priorität eingeräumt werden muß. Günter Triesch gehört zum Kreis der Wirtschaftsexperten der rheinischen CDU.

Der Konsens in den Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der in den 60er Jahren nach harten Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik erreicht wurde und der mit zu den Voraussetzungen der politischen Stabilität gehörte, ist gefährdet. Zunehmend wird nicht über die Beseitigung von Mängeln des Systems, sondern von der notwendigen Systemüberwindung gesprochen. Denn die Marktwirtschaft – so wird behauptet, sei nicht geeignet die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Deshalb wird es die vordringliche Aufgabe künftiger Wirtschaftspolitik sein:

- die ordnungspolitische Grundlage unserer Gesellschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, zu erhalten und zu entwickeln;
- Stabilität in Wirtschaft und Gesellschaft wieder zu gewinnen;
- die Fortentwicklung der europäischen Integration, der EWG und ihrer politischen Basis zu sichern.

Da die soziale Marktwirtschaft und ihre Grundlagen ständig angegriffen werden und ihre Effizienz einer modernen Gesellschaftspolitik mit langfristiger Zielsetzung bezweifelt werden, ist die Auseinandersetzung um die Grundsatzfragen unserer Gesellschaftsordnung vordringlich. Bis 1969 konnte man davon ausgehen, daß ein Regierungswechsel nicht einen Systemwechsel bedeutete. Doch spätestens die letzten Parteitage

von SPD und FDP haben das linke Marschgepäck der beiden jetzigen Regierungsparteien offenbart. Der Prozeß der Re-Ideologisierung, die Propagierung des Klassenkampfes, führt diese Partei hinter das Godesberger Programm von 1959 zurück. Die von mir stets kritisierte Vieldeutigkeit dieses Programms erlaubt es jetzt auch den Jungsozialisten, sich auf dieses Programm zu berufen und ermöglicht es auch Willy Brandt, den Wechsel von der sozialen Demokratie zum demokratischen Sozialismus auf der Grundlage dieses Godesberger Programms zu vollziehen. Das ist eine Entwicklung, die für die Stabilität des parlamentarischen Systems und für die konsequente Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und unserer Wirtschaftsordnung erhebliche Folgen haben kann.

Auch der neue Superminister Helmut Schmidt hat kürzlich sein gestörtes Verhältnis zur Marktwirtschaft öffentlich bekundet. Auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik erklärte er, daß die Marktwirtschaft nicht „für alle Zeiten und unter allen Bedingungen der Garant der Freiheit für die Bürger und die denkbar beste Organisationsform zur Befriedigung der ökonomischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen sein muß“.

Den Unternehmern droht man mit sozialem Unfrieden, den Arbeitnehmern wird Angst um die Arbeitsplätze gemacht, obwohl nichts die Arbeitsplätze so sehr bedroht wie die Inflation im Gefolge dieser Regierungspolitik. Die gegenwärtige finanz- und steuerpolitische Diskussion hat Helmut Schmidt durch den unvergleichlichen Satz bereichert: „Stabilität – das ist nur so ein Modewort.“ Der Propagandaapparat der Regierung verweist zugleich auf die Inflationsraten im

Ausland und versucht mit dieser Feststellung die klare Aussage der Bundesbank, daß es sich beim deutschen Preisauftrieb um eine hausgemachte Inflation handle, herunterzuspielen.

Bundesrepublik heute an der Spitze der inflationären Länder

Doch alle Propagandamanöver können nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz eines voll einsatzbereiten konjunkturpolitischen Instrumentariums, nämlich des Stabilitätsgesetzes, es die SPD/FDP-Bundesregierung zugelassen hat, daß sich die Bundesrepublik – statt wie in früheren Zeiten am Ende – nunmehr an der Spitze des internationalen Inflationsgeleitetzes befindet. Daß der Geldwertschwund weitgehend politischem Versagen zuzuschreiben ist, zeigt ein Blick zurück in die Vorzeit der sozialliberalen Koalition. Im Durchschnitt der Jahre 1962–1968 lag nämlich die Bundesrepublik mit einer Geldentwertung von 2,6% nach den USA mit 2,7% an zweiter Stelle im Stabilitätsvergleich zwischen elf Industrieländern. 1971 rangierte die Bundesrepublik bereits an fünfter Stelle. Im August 1972 lag die Preissteigerung bereits bei 5,7%.

Die Sicherung des Wohlstandes für jeden Bürger erfordert eine Wirtschaftspolitik, die sich auf alle vier magischen Ziele – Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht – gleichzeitig konzentriert. In den letzten drei Jahren kletterten jedoch die Preise stetig aufwärts; gleichzeitig verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. Daß eine hohe Inflationsrate noch lange keine Arbeitslosigkeit verhindert, zeigen vor allem die Beispiele England, Frankreich und Italien. Mit dem inzwischen besonders bei Gewerkschaftskongressen viel zitierten Ausspruch Helmut Schmidts „5% Preisanstieg sind noch immer besser als 5% Arbeitslosigkeit“ gerät die Posse zur politischen Scharlatanerie. Daß dies eine Scheinalternative ist, weiß jeder Student der Wirtschaftswissenschaften im ersten Semester. Dem

„kleinen Mann“ soll eingetrichtert werden, daß man, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, nur die Preise steigen lassen müsse. Des neuen Superministers Aussagen geraten so immer mehr zu einem Gemisch aus politischer Effekthascherei, Verniedlichung der Tatsachen und bewußter Außerachtlassung der Sachproblematik. Denn jeder, der auch nur einigermaßen eins und eins zusammenzählen kann, weiß, daß eben gerade die Inflation das Mittel ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer exportorientierten Volkswirtschaft, die Vollbeschäftigung und damit die Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer zu gefährden. Ein Blick nach Schweden, dem sozialdemokratischen Mekka, zeigt, daß bei Übersteigerung der Ansprüche bzw. unzureichender Inflationsbekämpfung man sowohl Inflation als auch Arbeitslosigkeit haben kann:

Im Jahre 1971 betrug das reale Wachstum in Schweden nur klägliche 0,3%, der Preisanstieg für die Lebenshaltung + 7,3% und die Arbeitslosigkeit 3%.

Bei anhaltender Inflationsmentalität werden schwere soziale Spannungen entstehen und der Staat wird von einer Finanzkrise in die nächste steuern, ohne die Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können.

Daher ist die Alternative gefragt. Denn wer Reformen will, muß vor allem für eine Stabilisierung der Preis- und Kostenentwicklung sorgen. Eine solche Politik ist nicht bequem. Die Union hat in ihrer Wahlaussage der Stabilitätspolitik Priorität eingeräumt und damit bekundet, daß sie eine gesamtwirtschaftliche, also nicht primär an Einzelinteressen orientierte Wirtschaft-, Finanz- und Gesellschaftspolitik zu treiben bereit ist. Dieses Programm ist ein Programm der Wiedergewinnung der Stabilität. Die anhaltende Serie der Fehlleistungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD/FDP-Regierungskoalition kann nur in einer konsequenten vierjährigen Anstrengung mühsam wieder beseitigt werden. Dazu müssen außer dem Staat selbst auch alle Gruppen der Gesellschaft einen Beitrag zur Inflationsentwöhnung leisten.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Baden
75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7
1.—3. Dezember 1972
Wirtschaftswachstum und Lebensqualität
Bad Herrenalb

Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck
352 Hofgeismar
Schlößchen Schönburg
25.—26. November 1972
Die Werkstatt für Behinderte
Tagung für Eltern geistig Behinderter
in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Lebenshilfe

Evangelische Akademie Rheinland
433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29
8.—9. Dezember 1972
Kirche — Diakonie — Staat
Abhängigkeit und Freiheit
in der Gesellschaft unserer Zeit
Tagung mit Vertretern der Kirche,
der Diakonie und des Staates

Evangelische Akademie Westfalen
Haus Ortlohn
586 Iserlohn, Baarstraße 59—61
8.—10. Dezember 1972
Zeit der Erwartung

Evangelische Akademie Tutzing
8132 Tutzing, Schloß
1.—3. Dezember 1972
Politik in Fernsehmagazinen

Evangelische Akademie der Pfalz
672 Speyer, Gr. Gimmelsgasse 6
9.—10. Dezember 1972
Ars Moriendi
— alle Menschen müssen sterben, doch
wie lernen wir die Kunst zu sterben?
Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus

Evangelische Akademie Berlin
1 Berlin 39, Am Kleinen Wannsee 19
2.—3. Dezember 1972
Sozialisationsforschung —
Ergebnisse und Probleme
Studientagung mit Lehrern

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein
236 Bad Segeberg, Marienstraße 31
29. November bis 1. Dezember 1972
Früherkennung und Förderung
geistig behinderter Kleinkinder
1.—3. Dezember 1972
Das Ich und die anderen
Tagung zur Selbstorganisation

Evangelische Akademie Arnoldshain
6381 Arnoldshain
2.—3. Dezember 1972
Ausgeflipt — Vergessen?
Jugend und Drogen
Tagung für Junge Generation

Evangelische Akademie im Saarland
66 Saarbrücken 3, Brauerstraße 6—8
5. Dezember 1972
Neuere theologische Strömungen
im Protestantismus
Sulzbach

Evangelische Akademie Hamburg
2 Hamburg 36, Esplanade 15/16
5. Dezember 1972
Das Problem der Polarisierung
in der Gesellschaft

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg
78 Freiburg i. Br., Wintererstraße 1
9.—10. Dezember 1972
Theologische Meditationen

Wir lasen:

Vikar empört: SPD überwacht Geistlichkeit

Mit Rundschreiben Nr. 21/72 vom 30. August 1972 habe Albrecht Müller von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim Vorstand der SPD den Geschäftsführern der SPD unter Punkt 5 b nahegelegt, bei CDU-freundlicher Einstellung der örtlichen Geistlichkeit Beispiele und Belege dafür zu liefern, heißt es in einem offenen Brief des Vikars Reinhard Schäfer (33), Marten, an Bundesminister Walter Arendt.

Schäfer, der sich selbst als SPD-Wähler 1969 bekennt, begründet damit, weshalb der Minister bislang nicht — wie angekündigt — seine Zusage zu einer SPD-Wahlversammlung am 30. Oktober eingehalten habe, nachdem ihm wohl von seinen Parteifreunden mitgeteilt worden sei, daß inzwischen das Rundschreiben auch kirchlichen Stellen vorliege. Schäfer spricht von doppelzüngiger Taktik der SPD. In unserem Lande seien die Erinnerungen an Überwachung und Bespitzelung politischer Gegner noch zur Genüge bekannt.

Aus: Ruhr-Nachrichten
vom 18. Oktober 1972

**SPD läßt
Gesinnung
prüfen -**

**EAK
informiert
die
Öffentlich-
keit**

Zu den neuerlichen Bemühungen der SPD, den politischen Standort von Pfarrern in der Bundesrepublik zu erfahren, nahm der Geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit folgender Presseerklärung Stellung:

„Als Zeichen eines schlechten demokratischen Selbstverständnisses der Jungsozialisten hat der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, ein Schreiben des Juso-Bundessekretärs Wolfgang Kiehne an alle Führungskräfte seiner Organisation bezeichnet, mit dem dieser die von der SPD-Bundesgeschäftsstelle angelaufene Aktion zur Gewissenerforschung bei Pfarrern in der Bundesrepublik unterstützt und innerhalb seiner Organisation zur Mithilfe aufruft. Wie Egen in Bonn erklärte, liegt ihm ein entsprechendes Schreiben des Bundessekretariats der Jungsozialisten neuerdings vor. Damit zieht die durch den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU kürzlich aufgedeckte SPD-Aktion immer weitere Kreise. Den bisherigen SPD-Kommentar ‚Schiefgelaufen‘, bezeichnete Egen als skandalöse Ausrede. In der Pfarrerschaft hat sich über diese SPD-Methoden nach Ansicht des Evangelischen Arbeitskreises bereits erhebliche Unruhe verbreitet.“

Um unseren Lesern einen umfassenden Überblick über diese Art von Gesinnungserforschung zu geben, veröffentlichen wir nachstehend den Wortlaut der Schreiben des Juso-Bundesgeschäftsführers sowie der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Bundesgeschäftsstelle und bringen unseren Lesern den Fragenkatalog zur Kenntnis.

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

BUNDESSEKRETARIAT

Wolfgang Kiehne, Bundessekretär

RUNDSCHREIBEN A 17 / 1972

5300 Bonn 1, Erich-Offenhauer-Haus
Offenhauerstraße 1, Postfach 651

11. September 1972 WK/F1

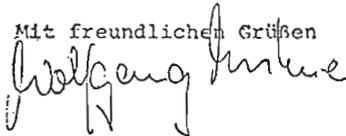
An die
Vorsitzenden der Juso-Arbeitsgemein-
schaften, dem Bundesausschuß, den
JS-Sachbearbeitern bzw. Sekretären
zur Kenntnis

Liebe Genossinnen, liebe Genossen !

Beigefügt erhaltet Ihr ein Rundschreiben der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit beim Parteivorstand.

Bei dieser Aktion hat uns die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung gebeten. Wir möchten Euch daher bitten, den beigefügten Fragebogen bis zum 28. September 1972 an den Parteivorstand zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen



Anl.

**Jusos
müssen mithelfen**

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

DER PARTEIVORSTAND

ABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

An alle
Unterbezirksgeschäftsführer

5300 BONN 1, ERICH-OLLENHAUER-HAUS
OLLENHAUERSTRASSE 1 • POSTFACH 651
TELEFON: (0 22 21) 50 21
DURCHWAHL: (02221) 502.....
30. August 1972 -WD/BD-

den Bezirksgeschäftsführern
zur Kenntnis!

RUNDSCHREIBEN Nr. 21/72

Betr.: Informationen über die Orts- und Kreisverbände
der CDU/CSU

Liebe Genossen!

Anliegend übersenden wir Euch einige Fragen für deren Beantwortung wir sehr dankbar wären.

Es geht darum, einmal festzustellen, inwieweit die CDU/CSU als Parteiorganisation an der Basis eine Volkspartei ist, was sie ja immer behauptet. Wir wollen also wissen, welche Personengruppen in den Vorständen den Orts- und/oder Kreisverbänden der CDU/CSU sitzen und welche wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle sie spielen.

Ihr braucht nun nicht jeden Orts- oder Kreisverband zu erfassen. Es würde genügen, wenn Ihr Euch auf die beschränken würdet (vielleicht 5 - 10), über die Ihr relativ leicht Informationen sammeln könnt.

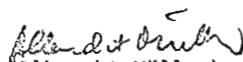
Die Fragen sind bewußt so einfach gestellt, daß sie ohne Mühe in kurzer Zeit beantwortet werden können. Hochgestochenen wissenschaftlichen Ansprüchen braucht dieser improvisierte Versuch einer ersten Bestandsaufnahme nicht genügen. Auch müßt Ihr Euch bei der Beantwortung nicht exakt an den vorgegebenen Fragenkatalog halten.

Wir haben die Absicht, erste Ergebnisse dieser Umfrage noch im Wahlkampf zu verwenden. Deshalb ist eine schnelle Beantwortung unbedingt bis zum 28. September erforderlich.

Falls Ihr die eine oder andere Frage nicht termingerecht beantworten könnt, ist es besser, den Fragebogen unvollständig abzuschicken als den Termin zu überziehen.

Gern erwarten wir Eure Antworten.

Mit freundlichen Grüßen


(Albrecht Müller)

Anlage

who is who?

Für den SPD-
Wahlkampf
bestimmt

Der „Fragenkatalog“

1.) Bundestagswahlergebnisse im betreffenden Ort bzw. Kreis

2.) Mitgliederstruktur

- a) Mitgliedsstärke der CDU
- b) Aktive Mitglieder

3.) Mandatsträger in der CDU (parteiintern)

Welchen Beruf haben die Mandatsträger?

- a) Unternehmer
- b) Freie Berufe
 - Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte o. ä.
 - Handwerker, Kaufleute, Landwirte o. ä.
- c) Leitende Angestellte
- d) Angestellte und Arbeiter mit ca. nicht mehr als DM 1.400,-- (netto) monatlich.
- e) Studenten, Schüler, Lehrlinge o. ä.

4.) Welche gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle spielen die Mandatsträger?

Beispiel: Ein Fabrikant ist CDU-Vorsitzender und Bürgermeister der Gemeinde
CDU-Mandatsträger ist Mitglied der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer, Mitglied einer Mittelstandsvereinigung oder des Bauernverbandes.
CDU-Mandatsträger, die den Sozialausschüssen in der CDU nahe stehen oder ihnen angehören.
Beziehungen von CDU-Mandatsträgern zur Lokalpresse.
(Kapitalbeteiligung, Freundschaften, Anzeigenabhängigkeit o. ä.?)

5.) Einfluß der örtlichen Geistlichkeit

Die regionale Geistlichkeit verhält sich:

- a) Neutral
- b) CDU-freundlich
- c) SPD-freundlich

(wenn "b" zutrifft, bitte Beispiele und Belege! Zeitungsausschnitte, Informationsblätter)

6.) Verschiedenes

a) Besondere Beispiele für den Einfluß von CDU-Mandatsträgern.

(Bevorzugung bei Beförderungen, Benachteiligung von SPD-Mitgliedern oder Gewerkschaftlern bzw. deren Sympathisanten, markante Abhängigkeiten von CDU-Mandatsträgern,

Beispiel: CDU-Fabrikant als Hauptarbeitgeber in einem regionalen Bereich).

Geistlichkeit
wird
erforscht

Aus unserer Arbeit

Oldenburg:

Auf der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Oldenburg äußerte Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel die Hoffnung, daß nach dem Zwischenpiel der vergangenen Tage – gemeint sind hier besonders die Korruptionsvorwürfe des Bundeskanzlers – wieder zu einer sachlichen Wahlkampfführung zurückgefunden würde.

Bevor der Bundestagspräsident auf einer von mehr als 600 Personen besuchten öffentlichen Veranstaltung sprach, hatte er im kleineren Kreis ein Gespräch mit den Mitarbeitern des EAK Oldenburg geführt. Zu Beginn seines Oldenburger Aufenthaltes stattete Kai-Uwe von Hassel dem Vorsitzenden

mie Baden, Dr. Wolfgang Böhme, an die besondere Verantwortung der Christen für die sozialen Aufgaben in unserer Gesellschaft.

Zuvor hatte die Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises in Hessen, Dr. Hanna Walz, in ihrer Begrüßungsansprache die Mitglieder des Ev. Arbeitskreises aufgefordert, einen eigenhändigen Beitrag zur geistigen Grundhaltung der Union einzubringen.

Göttingen:

Auf der diesjährigen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Niedersachsen forderte der Unionspolitiker Dr. Werner Dollinger am 28. Oktober 1972 in Göttingen, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gegen-

In gut besuchten Veranstaltungen in Ottweiler, Homburg und Neunkirchen verglich Dollinger die bisherigen Leistungsergebnisse der sozial-liberalen Koalition mit den Versprechungen aus der Regierungserklärung vom Spätherbst 1969. An Hand verschiedener Beispiele ließ sich unschwer feststellen, wie viel versprochen und wie wenig gehalten wurde.

EAK-Vorsitzender Kurt Thürk begleitete Dollinger während der knapp zweitägigen Saarrundreise und konnte den Bundespolitiker dabei auch auf eine Reihe besonderer Probleme saarländischer Wirtschafts- und Sozialpolitik hinweisen.

Wolfenbüttel:

Vor mehr als hundert Mitgliedern und Freunden des Evangelischen Landesarbeitskreises Braunschweig

**Wir bauen
den Fortschritt
auf Stabilität**

CDU

des EAK-Oldenburg, Dr. Alfred Gramsch, einen Krankenbesuch ab.

Frankfurt:

Auf der hessischen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Frankfurt, die unter dem Leitthema „Soziale Marktwirtschaft – Politik für den Nächsten“ stand, forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Philipp von Bismarck die Erweiterung des Freiheitspielraumes für den einzelnen innerhalb unserer Gesellschaft; hierfür bietet die Soziale Marktwirtschaft nach Ansicht von Bismarcks die ideale Voraussetzung, da nur sie in der Lage sei, das Verantwortungsbewußtsein zu fördern. Scharfe Kritik übte er an den zunehmenden Sozialisierungstendenzen der Sozialdemokraten, da deren Politik immer weniger sozial, dafür aber immer sozialistischer würde. Auf der gleichen Tagung erinnerte der Direktor der Evangelischen Akade-

über allen sozialistischen Veränderungsansprüchen mutig zu verteidigen.

Zuvor hatte der niedersächsische Vorsitzende des Arbeitskreises, der CDU-Spitzenkandidat Philipp von Bismarck, alle Verantwortlichen in unserer Gesellschaft aufgerufen, sich ihrer sozialen Verantwortung im Rahmen unseres freiheitlichen Systems ständig bewußt zu sein.

Die unter dem Leitthema „Soziale Marktwirtschaft – Politik für den Nächsten“ stehende Veranstaltung war mit einem Diskussionsforum evangelischer Theologen eröffnet worden.

Saarbücken:

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Werner Dollinger, erläuterte auf mehreren Veranstaltungen des EAK an der Saar u. a. die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Unionsparteien.

untersuchte der baden-württembergische Kultusminister und stellvertretende EAK-Vorsitzende Prof. Dr. D. Wilhelm Hahn die Aufgaben des Christen in unserer Gesellschaft. Dabei wies Hahn auch auf die besondere Verantwortung des Kulturpolitikers für den bildungspolitischen Bereich hin und legte gleichzeitig ein Bekenntnis zu sinnvollen Reformen ab. Die anschließende Diskussion leitete EAK-Vorsitzender Ernst-Henning Jahn, MdL, aus Watzum.

Unsere Autoren

Dr. Gerhard Schröder
53 Bonn, Bundeshaus

Kai-Uwe von Hassel
53 Bonn, Bundeshaus

Dr. Walter Strauß
Staatssekretär i. R.
Ehem. Mitglied des
Parlamentarischen Rates
8011 Baldham (bei München)
Tulpenstraße 1

Günter Triesch
5 Köln 51, Postfach 510 669

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL; Dr. Walter Strauß, Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, 53 Bonn, Kaiserstr. 22, Ruf (0 22 21) 63 78 11. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, 53 Bonn, Argelanderstr. 173. Abonnementspreis vierteljährlich: 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheckkonto Köln 1121 00. Druck: Oskar Leiner Druck KG, Buchdruck Offsetdruck, 4 Düsseldorf, Erkrather Straße 206. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.